

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr.Vöhringer,

sehr geehrte Frau Clemens , sehr geehrter Herr Gangl,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

von Vaclav Havel stammt der Satz:“ Die Politik ist nicht die Kunst des Möglichen, sondern des Unmöglichen“.

War Vaclav Havel ein Trautänzer? Nein, er war ein Mensch, der widrigen Umstände zum Trotz seinen geraden Weg ging und das Unmögliche zum Möglichen machte.

Unser Finanzbürgermeister hat uns am 25.Februar einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der einen schuldenfreien Kernhaushalt vorsieht, aber in der mittelfristigen Planung 2015-2017 davon ausgeht, dass wir sowohl Investitionskredite als auch Kassenkredite benötigen werden. Ich habe jedoch nicht gehört, wie er gegensteuern will.

Bekanntlich besteht der Haushalt sowohl aus den Ausgaben als auch den Einnahmen. Eine Haushaltspolitik, die nur die Ausgaben im Blick hat und die Einnahmen vernachlässigt, ist in meinen Augen keine solide Haushaltspolitik.

Eine Steigerung der Einnahmeseite durch Gebührenerhöhungen ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch kontraproduktiv. Wenn die Mehrheit des Gemeinderats beispielsweise die Kindergartengebühren erhöht, dann fehlt den Eltern dieses Geld, um es zum Beispiel beim meinem ehemaligen Klassenkameraden Metzgermeister Morhinweg auszugeben. Oder bei einem anderen Einzelhändler in der Innenstadt. Wird weniger gekauft, dann wird dadurch auch die wirtschaftliche Existenz des Einzelhandels beeinträchtigt, es gibt auch weniger Umsatzsteuer- und Einkommenssteuer und damit auch weniger Anteile der Stadt an diesen Steuern. Das ist für mich der falsche Weg.

Wir müssen daher, die Einnahmen durch die Erhöhung der Gewerbesteuer steigern. Von Franz Kafka stammt der Satz „Verschwende nicht Deine Zeit mit der Suche nach Hindernissen“.

Aber mir wird jedes Mal von Verwaltung und den übrigen Fraktionen erzählt, warum das auf keinen Fall ginge.

Die Zahlungen des Unternehmens mit dem großen Stern seien sehr unterschiedlich und wir blieben immer der konjunkturellen Entwicklung ausgeliefert. Das mag so sein. Wir wissen aber, dass aufgrund der hohen Wertschöpfung und der hoch produktiven Arbeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt

Für eine neue soziale Idee!

Riesengewinne eingefahren werden. Das Unternehmen kann es sich leisten Jahresgehälter in Millionenhöhe an ihr Führungspersonal zu zahlen. Warum also nicht in den fetten Jahren auch mehr besteuern, um für die mageren Jahre Rücklagen bilden zu können. Ich habe in den letzten Haushaltsreden belegt, dass Sindelfingen von der Höhe des Gewerbesteuersatzes in Vergleich zu allen anderen Standorten dieses Unternehmens den billigen Jakob macht, wenn man vielleicht von China absieht.

Dann wird mir vorgehalten, wenn man meinem Vorschlag folgte, dann gäbe es andere Unternehmen, die verlassen Sindelfingen und gehen nach Böblingen. Das sehe ich bildlich vor mir, wie diese ihr Grundstück unter den Arm klemmen und in Böblingen um Asyl nachsuchen. Ich halte das alles für ein zweckbestimmtes Ammenmärchen. Wie ich von Herrn Hofmeister persönlich erfahren habe, ist nicht die Höhe des Gewerbesteuersatzes entscheidend für eine Ansiedlung oder die Entscheidung ein Unternehmen fortzuführen, sondern eine gute Lage, eine gute Infrastruktur, sowie eine kaufkräftige Kundschaft. Diese haben wir in Sindelfingen.

Und was den Bäckermeister angeht: der zahlt durch die Erhöhung der Gewerbesteuer keine Euro mehr, weil er die gezahlte Gewerbesteuer mit seiner Einkommenssteuer verrechnen kann.

Wir haben inzwischen die Situation, dass 80 Prozent der Steuern, die vom Staat eingenommen werden, aus der Einkommens-/Lohn und Umsatzsteuer kommen und nur noch 20 % aus Unternehmenssteuern. Damit ist aber auch klar wer die Lastesel der Nation in unserer Gesellschaft sind. Der untere Teil der Gesellschaft verdient so wenig, dass er keine Steuern zahlt, also ist es die Mitte der Gesellschaft, die alles finanziert, die Facharbeiterin, der Facharbeiter, die Lehrerin und Lehrer, die Polizeibeamtin und der Polizeibeamte.

Meine Damen und Herren, finden sie das gerecht?

Wir haben es hier in der Hand auch die Unternehmen über die jetzigen 20 Prozent hinaus stärker einzubeziehen und damit für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen.

Einstellung städtischer Betriebsprüfer

Sindelfingen ist wie wenige andere Kommunen von den Gewerbesteuerzahlungen eines örtlichen Konzerns abhängig. Steuerliche Gestaltungen haben in der Vergangenheit regelmäßig große Löcher in den kommunalen Haushalt gerissen. Auch vor diesem Hintergrund beantragt DIE LINKE, dass die Stadt endlich auch selbst an den Betriebsprüfungen in Sachen Gewerbesteuer teilnimmt. Diese Möglichkeit eröffnet das Finanzverwaltungsgesetz in § 21 aus guten Gründen. Schließlich sollen sich auch Prüfer der Kommunen, die ein originäres Interesse an der Durchsetzung der Gewerbesteuer haben, an den Prüfungen beteiligen können und nicht nur Finanzbeamte des Landes, welches von der Gewerbesteuer zunächst gar nicht profitiert.

Höhere Gewerbesteuer nicht Selbstzweck

Für uns sind höhere Gewerbesteuereinnahmen nicht Selbstzweck. Ich sehe nicht, wo man bei den Ausgaben des vorgelegten Haushaltsentwurfs wesentlich kürzen könnte. Wir brauchen im Gegenteil knackige Lohnerhöhungen im Öffentlichen Dienst, insbesondere bei den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas, aber auch bei den anderen Beschäftigten, um die Kaufkraft und dadurch die Binnennachfrage zu stärken. Von der gestärkten Kaufkraft profitiert der Einzelhandel und über die Einkommenssteuer und Umsatzsteuer auf dem Umweg auch wieder unsere Stadt.

Ausbau der Kinderbetreuung

Trotz der umfangreichen Investitionen in den Kinderbetreuungsbereich sind weiterhin Maßnahmen erforderlich um eine konstante und verlässliche Betreuung der Klein und Schulkinder entsprechend der Nachfrage zu gewährleisten. Solange wir kein flächendeckendes Netz an Ganztageschulen haben, müssen auch weiterhin Hortplätze aufgestockt werden. Hier gilt die Feststellung: Es geht vieles in die richtige Richtung, aber vieles ist noch nicht gut.

Jugendzentrum in Diskussion

Es wird in der Stadt heiß über ein Jugendzentrum, über ein DOMO NUOVO, über ein Haus der Freizeit/Haus der Vereine diskutiert. Entsprechende Vorschläge wurden von den Grünen, von der SPD, den Freien Wählern und der CDU unterbreitet. Die Vorwahlzeit ist bekanntlich die Zeit der Versprechungen. DIE LINKE findet es auch gut, wenn es in der Innenstadt ein Anlaufpunkt für die Jugend gäbe, ein Jugendzentrum. Das würde die Attraktivität der Innenstadt deutlich erhöhen. Ich könnte auch dem Projekt DOMO NUOVO viel abgewinnen.

Mir fiel aber auf, dass die Protagonisten, die die Ideen in die Öffentlichkeit gebracht haben, nichts zu Finanzierung gesagt haben. Lediglich die CDU spricht in ihrem Antrag vom Verkauf des alten AOK- Gebäudes zur Gegenfinanzierung. Das reicht jedoch bei weitem nicht. Ich halte es für unseriös, wenn Vorschläge eingebracht werden, die nicht gegenfinanziert sind. Insbesondere wenn es die gleichen sind, von denen ich sonst nur höre, wir müssten sparen und auf gar keinen Fall die Großunternehmen mit einer höheren Gewerbesteuer verärgern.

Wenn also diese tollen Ideen mehr sind als ein Stimmenfang im Vorfeld der Kommunalwahl, dann müssten Sie vor der Wahl erklären, welche Ausgaben sie zu reduzieren gedenken, um die Mittel für das Jugendzentrum frei zuschaufeln oder durch welche Einnahmen es finanziert werden soll.

DIE LINKE wird der Antrag stellen, einen Betrag von 2,8 Millionen für das Jugendzentrum in den Investitionshaushalt einzustellen und mit einer entsprechenden Erhöhung der Gewerbesteuer gegen zu finanzieren.

Auf die Abstimmung bin ich jetzt schon gespannt. Da heißt es dann springen: Hic Rhodos, hic salta.

Inklusion und Schulen

Auch in diesem Jahr musste ich leider feststellen, dass der geplante Investitionshaushalt den tatsächlichen Anforderungen nicht genügt, sondern sogar um fast 3 Millionen gegenüber dem Vorjahr reduziert wurde. Ich beschränke mich aus Zeitgründen auf das Thema „schulische Inklusion“.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Behinderten-Konvention unterschrieben. Die Konvention verpflichtet Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen zur Umsetzung.

Dazu gehört auch die Barrierefreiheit der Schulen. Diese ist die Grundvoraussetzung, wenn wir den Eltern eine Wahlfreiheit eröffnen wollen, ob sie sich für eine Inklusion oder weiterhin eine Sonderschule entscheiden wollen. Obwohl seit einem Jahr meine Frage nach dem Zustand der Sindelfinger Schulen im Hinblick auf die Barrierefreiheit unbeantwortet geblieben ist, ändert es nichts daran, dass vermutlich dies in keiner der Schulen der Fall ist und daher gewaltige Aufgaben und Investitionen im Raum stehen. Ebenso wenig, wie wir als Gemeinderat die Investitionen in den Brandschutz an Schulen vermeiden konnten, werden wir als Gemeinderat bei den Schulen zum Thema Inklusion und Barrierefreiheit abtauchen können. Barrierefreie Schulen sind Sache der Kommunen. Das betrifft nicht nur den Bau von Rampen, Aufzügen und Therapieräumen, sondern auch eine entsprechende Anpassung der Räume für Seh- und Hörbehinderte.

Da die Verwaltung meine Frage über einen Zeitplan für die Schulen nicht beantwortet hat, vermute ich, dass sie keinen hat. Das ist ein großes Unrecht gegenüber den Kindern mit Behinderung und ihren in der UN-Konvention verankerten Menschenrechten. Da ich selber weiß, dass man das Problem nicht auf einen Schlag lösen kann, wird die LINKE beantragen, dass wir dieses Jahr beginnen, wenigstens eine Schule barrierefrei umzubauen. Auch hier halte ich es für angemessen dies mit der Gewerbesteuererhöhung gegen zu finanzieren.

Wohnungsmarkt und Ältere Menschen

Was mir ebenfalls im Vorfeld der Haushaltsaufstellung fehlt, ist die Auseinandersetzung mit der Situation auf dem Wohnungsmarkt in Verbindung mit der Lebenssituation älterer Menschen. Auch hier hatte ich bereits vor einem Jahr Fragen nach der Lebenssituation älterer Menschen gestellt, die leider unbeantwortet blieben. Wenn sich der Schultes von Magstadt Dr. Merz bei seiner Neujahrsansprache über die Bezahlbarkeit von Wohnungen für ältere Menschen mit geringen Renten Gedanken macht und daraus die Notwendigkeit der Auflage des sozialen Wohnungsbaus ableitet, ist es berechtigt anzunehmen, dass wir in Sindelfingen ähnliche Probleme haben könnten. Wir sollten in diesen Bereich Entwicklungen nicht verschlafen und ich erwarte, dass der bei der Verwaltung angeforderte Bericht nachgeliefert wird.

Sozialticket

Viele Städte führen ein Sozialticket für den öffentlichen Verkehr ein, damit Menschen mit niedrigem Einkommen eine Mobilität, die zum menschenwürdigen Dasein gehört, ermöglicht wird. In Stuttgart wird das Sozialticket ab 1.1.2015 eingeführt. Welche Vorstellungen hat die Stadtverwaltung dazu?

Wo bleibt beschlossener W-LAN?

Während Böblingen verkündet das vor zwei Jahren eingeführte kostenlose W-LAN-Angebot inzwischen auf die Bahnhofstrasse auszuweiten, frage ich mich, wann der letztes Jahr gefasste Beschluss über W-LAN in der Innenstadt endlich realisiert wird.

KiTA-Gebührenerhöhungen im Haushalt-

Zuletzt möchte ich mich noch einmal der Frage der Kindergartengebühren zuwenden. Denn die Mehreinnahme aus der Erhöhung der Gebühren ist im Haushalt bereits eingeplant. Wenn ich also dem Haushalt in der jetzigen Form zustimmte, dann legitimiere ich damit die von mir abgelehnte Gebührenerhöhung. Wenn die Sozialdemokraten und Grüne die Gebührenerhöhung im KiTA-Bereich ablehnen, müssten sie konsequenter Weise auch gegen den Haushalt stimmen.

Ich komme zum Schluss und bin schon sehr auf die Haushaltsdiskussion gespannt. Insbesondere darauf, ob wir in ihr auch das Unmögliche im Sinne von Vaclav Havel möglich machen.